

«Big Tech» torpediert die freie Meinungsäusserung

geschrieben von Admin | 17. Oktober 2021

Facebook und Youtube löschen Millionen von Einträgen, die der offiziellen Corona-Politik widersprechen. Und Google will Webinhalte abwürgen, die den menschengemachten Klimawandel in Frage stellen. Die grossen Technologiekonzerne entwickeln sich zu einer Gefahr für den freien Diskurs.

Ein Kommentar: von Alex Reichmuth

Google tut es wieder. Der Internetkonzern will den öffentlichen Diskurs manipulieren – diesmal in Sachen Klimawandel. Vor wenigen Tagen gab Google bekannt, dass es Skeptikern der menschengemachten Erderwärmung das Wasser abgraben will – auf seiner Suchmaschine und seiner Videoplattform Youtube.x

Künftig dürfen bei Google keine Werbeanzeigen mehr geschaltet werden, die rund um Inhalte platziert sind, welche «dem fundierten Konsens rund um die Existenz und die Gründe des Klimawandels widersprechen» Allgemein sollen «Klimaleugner» über Webinhalte die dem Klimawandel widersprechen». Allgemein sollen «Klimaleugner» über Webinhalte, die dem angeblichen Konsens über die Ursachen der Erderwärmung entgegenstehen, keine Einnahmen mehr erzielen können. Durch den Entzug von Einkünften will Google sämtliche Standpunkte, die von denen des Weltklimarats abweichen, von seinen Plattformen verbannen. (Meldung von Google siehe hier)

Quasi-Monopol auf Informationen

Die Google-Suchmaschine und Youtube haben quasi ein Informationsmonopol. Wer sich zu laufenden politischen oder wissenschaftlichen Debatten ins Bild setzen will, kommt an ihnen kaum vorbei. Der Angriff von Google gegen Klimaskeptiker ist darum ein Angriff auf die freie Meinungsäusserung.

Youtube hat mehr als eine Million Videos gelöscht hat, die «gefährliche Falschinformationen» zu Corona enthalten haben sollen.

Es ist nicht der erste solche Angriff. Ähnlich geht Google auch gegen Coronaskeptiker vor. Im August wurde bekannt, dass Youtube mehr als eine Million Videos gelöscht hat, die «gefährliche Falschinformationen» zu Corona enthalten haben sollen. Es sei um die Entfernung von Webinhalten gegangen, die «direkt zu erheblichem Schaden in der realen Welt führen können».

Streng nach den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation

In Sachen Impfen ist bei Youtube Einheitsmeinung angesagt. Schon im April letzten Jahres kündigte Youtube-CEO Susan Wojcicki an, dass alles, was punkto Corona den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation zuwiderlaufe, gelöscht werde. Die Plattform geht aber noch weiter: Sie will auch Videos entfernen, die angebliche Falschinformationen zu anderen Impfungen^x enthalten – etwa zu Impfungen gegen Masern oder Hepatitis B.

Facebook ist kein bisschen besser. Der US-Konzern hat bis August dieses Jahres über sieben Millionen Beiträge zum Thema Coronavirus von seiner Plattform entfernt. Es habe sich um

<https://www.nebelspalter.ch/«big-tech»-torpediert-die-freie-meinungsaeusserung>

Millionen Beiträge zum Thema Coronavirus von seiner Plattform entfernt. Es habe sich um Einträge gehandelt, die die Gesundheit von Menschen gefährden könnten, begründete Facebook die Zensur. Rund 98 Millionen «weniger gefährliche Inhalte» wurden mit Warnhinweisen versehen.

Die Zensur kommt aus Amerika – ausgerechnet

Internetkonzerne wie Google oder Facebook sind verpflichtet, Webinhalte zu entfernen, die gegen das Gesetz verstossen – beispielsweise Aufrufe zu Gewalt, terroristische Informationen oder verbotene Pornografie. Doch immer mehr entwickeln sich solche Konzerne zu paternalistischen Aufsehern, die nach eigenen Vorgaben entscheiden, was das Publikum erfahren darf, und was nicht. Dass solche Zensur ausgerechnet aus Amerika kommt, der Wiege der Freiheit und der freien Meinungsäusserung, ist besonders betrüblich.

«Gecancelt und zensiert wird nach rechts.»

Josef Joffe, Herausgeber der «Zeit»

Der Lösch-Wahn hat dabei meist politische Schlagseite. «Gecancelt und zensiert wird nach rechts», stellte Josef Joffe, Herausgeber der «Zeit», in der «Neuen Zürcher Zeitung» fest. Das bekannteste Beispiel von Zensur nach rechts ist die Verbannung von Donald Trump von den Plattformen Twitter, Facebook und Youtube. «Sie kontrollieren, was wir sehen können und was nicht», hatte der damalige US-Präsident den Internetkonzernen schon 2018 vorgeworfen.

Trump klagt gegen Facebook, Google und Twitter

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel bezeichnete die Sperrung Trumps als

«Eingriff in das Grundrecht auf Meinungsäußerung». Während Trump mundtot gemacht wird, dürfen Taliban-Terroristen weiter twittern. Im letzten Sommer kündigte Donald Trump Klagen gegen Facebook, Google und Twitter gegen seine digitale Verbannung an. Ob er Erfolg hat, ist fraglich.

Doch auch linke Inhalte geraten ins Visier der Internetzensoren. 2019 berichtete das «Wall Street Journal», dass Google gezielt auch linke Webseiten und Antikriegs-Propaganda sperrt. Obwohl Google stets bestritten hatte schwarze Listen zu führen, musste Sundar Pichai CEO des Google

<https://www.nebelspalter.ch/«big-tech»-torpediert-die-freie-meinungsaeusserung> Google stets bestritten hatte, schwarze Listen zu führen, musste Sundar Pichai, CEO des Google-Mutterkonzerns Alphabet, letztes Jahr eingestehen, dass sein Unternehmen zumindest die «World Socialist Web Site» zensuriert hatte.

Einzelpersonen schwingen sich zu Zensoren auf

Aus dem legitimen Kampf der Internetkonzerne gegen verbotene Inhalte wird so immer mehr ein ideologischer Marsch gegen Inhalte, die als moralisch verwerflich gebrandmarkt werden. Einheitsmeinung statt Diskurs ist angesagt. So verhindern diese Konzerne gesellschaftliche und politische Debatten, welche die Grundlage einer freien Gesellschaft sind.

Wikipedia kommt in Sachen Klimawandel stets alarmistisch daher und lässt keinerlei Kritik am Weltklimarat zu.

Dabei schwingen sich Einzelpersonen ohne demokratische Legitimation zu öffentlichen Zensoren auf. Das kommt auch bei Wikipedia vor. Seit langem fällt auf, dass zumindest der deutschsprachige Teil des Internetlexikons in Sachen Klimawandel stets alarmistisch daherkommt und keinerlei Kritik am Weltklimarat zulässt.

Wikipedia-Autor «Andol» manipuliert Beiträge

Die «Weltwoche» deckte vor zwei Jahren auf, dass ein einziger Autor mit dem Pseudonym «Andol» fast alle Einträge zu den entsprechenden Themen kontrolliert. «Andol» schreibt jede Menge an Einträgen, die die Energiewende in einem günstigen Licht erscheinen lassen, und wacht mit Argusaugen darüber, dass «Klimaleugner» immer schlecht wegkommen. Die Benutzer von Wikipedia sind sich solcher Manipulation wohl kaum bewusst.

Der britische Autor George Orwell war Kulturpessimist. Er prophezeite Mitte des letzten Jahrhunderts, dass ein «Zeitalter totalitärer Diktaturen» anstehe. Von Internetkonzernen, die die öffentliche Meinung kontrollieren wollen, wusste Orwell zwar noch nichts. Aber was Freiheit ist, war ihm sehr wohl klar. «Falls Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten das zu sagen, was sie

nicht hören wollen.» Es wäre an der Zeit, den freien darauf, den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.» Es wäre an der Zeit, den freien Diskurs gegen die Deutungsmacht von «Big Tech» zu verteidigen.

Der Beitrag erschien zuerst beim Nebelspalter [hier](#)